**Bekanntgabe gemäß § 5 Absatz 2
des Gesetzes über
die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

**Verfahren gemäß § 8 WHG zur Erteilung der Erlaubnis für die Grundwasser-
entnahme im Rahmen eines Langzeitpumpversuches aus dem Tiefbrunnen 1
im Gewinnungsgebiet Reichenbach-Steegen**

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Fischerstraße 12, 67655 Kaiserslautern, gibt als zuständige Behörde bekannt, dass im Rahmen des Verfahrens zur Erlaubniserteilung für die Grundwasserentnahme aus dem Tiefbrunnen 1 in der Gemarkung Reichenbach-Steegen eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wird.

Antragsteller für das Vorhaben ist der Wasserzweckverband „Weihergruppe“, Rummelstraße 15, 67685 Weilerbach.

Die standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Abs. 2 UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben nach Einschätzung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz in Kaiserslautern aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hat, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Es besteht somit keine UVP-Pflicht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Wesentliche Gründe der Entscheidung sind:

Im näheren Umfeld des Tiefbrunnen (TB) 1 befinden sich nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und § 15 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) schützenswerte Feuchtwiesenbrachen sowie im Abstand von 200 m ost-südöstlich des TB 1 ein schützenswerter Buchenwaldbestand.

Der Bestand wird mit Grundwasser aus dem oberflächennahen Grundwasserleiter gespeist. Dieser ist durch eine stark tonige Sandsteinbasis von dem darunterliegenden Entnahmegrundwasserleiter hydraulisch getrennt. Diese Trennung lässt sich anhand der gespannten Grundwasserverhältnisse im Entnahmegrundwasserleiter nachvollziehen.

Da von einer starken Absenkung des Grundwasserspiegels im oberflächennahen Grundwasserleiter auf Grund der Beibehaltung der bestehenden Entnahmepraxis und der hydraulischen Trennung nicht auszugehen ist, ist keine Betroffenheit gewässergebundener Biotope zu erwarten.

Sowohl von der Art des Vorhabens wie auch von der Empfindlichkeit der gegebenenfalls betroffenen Landschaftspotentiale des Standortes ist eine Umwelterheblichkeit des Vorhabens im Sinne des UVPG nicht zu erwarten.

Die geprüften Antragsunterlagen sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Bundes und der Länder über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Fischerstr. 12, 67655 Kaiserslautern zugänglich.

Diese Bekanntgabe ist auch über das zentrale UVP-Portal Rheinland-Pfalz unter <https://www.uvp-verbund.de/rp> abrufbar.

Kaiserslautern, den 21.06.2021

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

In Vertretung

Christian Staudt